

16 Frauenpolitik: Beschäftigung

Von Entlassungen im staatlichen Sektor sind Frauen stärker als Männer betroffen, besonders ältere Frauen und solche mit geringerer Qualifikation und niedrigem Bildungsniveau. Mit dem Problem der Wiedereingliederung von Frauen in den Arbeitsmarkt und des Schutzes ihrer Rechte befaßte sich kürzlich ein vom chinesischen Arbeitsministerium, der Internationalen Arbeitsorganisation der UNO und der Shanghaier Arbeitsbehörde organisiertes Symposium. Einem Vertreter des Arbeitsministeriums zufolge hat sich in China der Anteil der berufstätigen Frauen seit 1978 stark erhöht und beträgt heute 46,6 Prozent der Arbeitsbevölkerung. (Dieser Anteil bezieht sich wahrscheinlich nur auf die Arbeitskräfte, für die das Arbeitsministerium zuständig ist, d.h. den staatlichen Sektor.) Zugleich aber wies er darauf hin, daß in der gegenwärtigen Reformperiode Frauen besonders unter den strukturellen Veränderungen zu leiden hätten. 59,2 Prozent aller entlassenen Arbeitskräfte seien Frauen. Die chinesische Regierung unternimmt jedoch aktive Schritte, um den betroffenen Frauen die Wiedereingliederung in die Arbeitswelt zu ermöglichen. In Shanghai beispielsweise sollen 103.000 entlassene Arbeiter, von denen 75 Prozent Frauen waren, wieder einen neuen Arbeitsplatz gefunden haben. Hilfen bestehen aus Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen. (Vgl. XNA, 3.9.97) -st-

17 Umwelt: Verlust an Ackerland

Eines der größten Umweltprobleme Chinas stellt der rapide fortschreitende Verlust an agrarisch genutzter Fläche dar. Dies ist teils auf natürliche Einwirkungen, teils auf durch Menschen verursachte Schäden oder Infrastrukturmaßnahmen zurückzuführen. Die zurückgehende Agrarfläche ist nicht nur Ausdruck der in China vor sich gehenden Umweltzerstörung, sondern hat auch Auswirkungen auf die Ernährungsfrage. Kürzlich wurden offizielle chinesische Zahlen zu diesem Phänomen bekannt. Danach beträgt die landwirtschaftliche Nutzfläche pro Kopf gegenwärtig nur noch 933 qm. Doch in rund 660 Kreisen beträgt sie weniger als 532 qm, was von den Vereinten Nationen als minimale Fläche ausgegeben worden ist.

30 Prozent der gesamten kultivierten Fläche Chinas ist von Erosion betroffen, und zwar soll der Anteil der unter Erosion leidenden Agrarfläche zwischen 1949 und heute von 1,16 Mio. qkm auf 1,6 Mio. qkm angestiegen sein. 40 Prozent der bebauten Fläche in Dürregebieten sollen sich in einem ernstesten Zustand befinden, und über 20 Mio. ha sollen verseucht sein. Seit 1986 wurden mehr als 4,5 Mio. ha Ackerland zerstört, und zwar hauptsächlich durch „die Umstrukturierung der Landwirtschaft“ und Naturkatastrophen. Durchschnittlich gehen pro Jahr 0,5 Mio. ha Ackerland verloren. (Zhongguo Xinwen She, Beijing, 2.9.97, nach SWB, 10.9.97)

Worauf der Verlust an Ackerland konkret zurückzuführen ist, bleibt in der Meldung unklar, weil nicht definiert ist, was unter „Umstrukturierung der Landwirtschaft“ zu verstehen ist. Wenn es sich um rein landwirtschaftliche Maßnahmen handelt, dann wären darunter z.B. die Neuaufteilung des Bodens, aber auch Überdüngung oder Auslaugung des Bodens zu verstehen. Wäre die Umstrukturierung der ländlichen Wirtschaft im weiteren Sinne gemeint, dann müßte der Hauptanteil des Bodenverlustes Infrastrukturmaßnahmen und nichtlandwirtschaftlichen Zwecken zugeschrieben werden. Daß letzteres gemeint ist, ließe sich dem Satz entnehmen, der sich an die Aussage anschließt, daß seit 1986 über 4,5 Mio. ha Ackerland zerstört wurden. Dort heißt es, daß die Fläche bebaubaren Ackerlandes [von diesen 4,5 Mio. ha?], die für nichtlandwirtschaftliche Zwecke genutzt wird, 2 Mio. ha beträgt. Doch es wird hinzugefügt, daß die Fläche tatsächlich 2,5mal höher liegen könnte als die offizielle Zahl. Wenn eine solche Vermutung schon von einer offiziellen Nachrichtenagentur geäußert wird, so läßt sich ahnen, daß das tatsächliche Ausmaß des jährlichen Verlustes an Ackerland weitaus höher als die offiziellen Angaben liegt. -st-

Binnenwirtschaft

18 Der 15. Parteitag zur Wirtschaftsreform und -entwicklung

Im Zentrum des 15. Parteitages der KCh im September 1997 standen

Fragen zur Wirtschaftsreform, insbesondere zur Zukunft des Staatssektors. Im Kapitel fünf seines Berichtes auf dem Parteitag widmete Jiang Zemin der Wirtschaftsreform und Entwicklungstrategie breiten Raum. Bis Mitte des kommenden Jahrhunderts müßten Jiang Zemin zufolge zwei grundsätzliche Probleme gelöst werden. So sei bis dahin ein System der sozialistischen Marktwirtschaft aufzubauen und ein nachhaltiges, hohes und gesundes gesamtwirtschaftliches Entwicklungstempo aufrechtzuerhalten. Im einzelnen nannte Jiang Zemin einige Reformbereiche, die im folgenden auszugsweise und in verkürzter Form vorgestellt werden:

1) Anpassung und Verbesserung der Eigentumsstruktur

Während des Anfangsstadiums des Sozialismus soll das öffentliche Eigentum die dominante Eigentumsform sein, andere Formen könnten sich daneben entwickeln. Zum öffentlichen Sektor der Wirtschaft zählt Jiang Zemin nicht nur den staatlichen und kollektiveigenen Bereich, sondern auch staatliche und kollektiveigene Elemente in der aus gemischten Eigentumsstrukturen bestehenden Wirtschaft. Die dominante Position des öffentlichen Eigentums stellt sich wie folgt dar: Der überwiegende Teil des Vermögens ist im öffentlichen Eigentum, der staatseigene Sektor kontrolliert zentrale Bereiche der nationalen Wirtschaft (die „Lebensadern“) und spielt eine führende Rolle in der Wirtschaftsentwicklung. Regional gesehen und branchenbezogen kann es Abweichungen geben. Die führende Rolle des staatseigenen Sektors bezieht sich in erster Linie auf die Kontrollfähigkeit, dann auf die Quantität. In wichtigen Industrien und Schlüsselbereichen muß der staatseigene Sektor die führende Rolle haben. Unter der Voraussetzung,

- * daß das öffentliche Eigentum die dominante Eigentumsform bleibt,
- * daß der Staat zentrale Bereiche kontrolliert und
- * daß der staatseigene Sektor eine starke Kontrollfähigkeit besitzt und konkurrenzfähiger ist, beeinflusst der neuen Definition von Jiang Zemin zufolge selbst ein kleinerer Anteil des staatseigenen Sektors an der Wirtschaft nicht die „sozialistische Natur der Wirtschaft Chinas“.

Jiang Zemin führt in seinem Bericht weiter aus, daß öffentliches Eigentum in verschiedenen Formen auftritt. Die Kapitalgesellschaft sei eine Form der Organisation moderner Unternehmen, die eine Trennung von Eigentum und

Management erlaube und zur Effizienzsteigerung führe. Kapitalgesellschaften könnten sowohl im Kapitalismus als auch im Sozialismus existieren, wichtig sei lediglich, wer den Kontrollanteil am Unternehmen halte. Ist der Staat oder ein Kollektiv der Hauptaktionär, dann handele es sich um ein Unternehmen im öffentlichen Eigentum.

2) Beschleunigung der Reform der staatsseigenen Unternehmen

Die Umstrukturierung der staatsseigenen Unternehmen soll den Prinzipien „klar definierter Eigentumsrechte, Rechte und Pflichten, der Trennung der Unternehmen von der staatlichen Verwaltung sowie den Prinzipien des modernen Managements“ folgen. In der deutschen Übersetzung heißt es dann weiter:

„Wir werden die Rechte und Pflichten des Staates und der Betriebe noch klarer festlegen. Der Staat genießt entsprechend der Summe des Kapitals, das er in die Betriebe investiert, die Rechte und Interessen des Eigentümers und übernimmt beschränkte Haftung für die Schulden der Betriebe, während die Betriebe nach dem Gesetz selbständig wirtschaften und die Verantwortung für ihre Gewinne und Verluste selber tragen. Die Regierung darf sich nicht direkt in die Wirtschaftsführung der Betriebe einmischen, und die Betriebe müssen sich der Kontrolle des Eigentümers unterwerfen und dürfen nicht seine Rechte und Interessen verletzen.“

Die Reform der Staatsunternehmen soll mit der Reorganisation und Verbesserung des Managements verbunden werden. Die strategische Reorganisation der Unternehmen erfolgt durch verbessertes Management der großen und reduzierte Kontrolle über die kleinen staatsseigenen Unternehmen. Durch Einsatz von Kapital und auf der Basis von Marktkräften sollen stark wettbewerbsfähige große Unternehmensgruppen gebildet werden, die transregional, branchenübergreifend, über verschiedene Eigentumsformen hinweg und landesweit agieren sollen. Die Kontrolle über die kleinen staatsseigenen Unternehmen wird gelockert, und sie werden neu belebt, indem sie reorganisiert oder mit anderen zusammengelegt werden, verpachtet, in Kapitalgesellschaften umgebildet oder auch verkauft werden.

Jiang Zemin fordert in seiner Rede explizit, die Fusion von Unternehmen zu fördern, Konkursverfahren

zu standardisieren, die Effizienz der Unternehmen durch Reduzierung der Beschäftigten zu erhöhen und Wiederbeschäftigungsprogramme für Arbeitslose zu ermutigen. Gleichzeitig sollen unterstützende Reformmaßnahmen für die Umwandlung der staatseigenen Unternehmen beschleunigt werden. Dazu zählt ein System für das Management sowie die Überwachung und den Einsatz von staatlichen Vermögenswerten, um das staatliche Vermögen zu erhöhen und Verluste zu vermeiden. Durch Verbindung von Sozialfonds und individuellen Beiträgen sollen ein soziales Sicherungssystem, ein Rentensystem und ein Krankenversicherungssystem aufgebaut sowie das System der Arbeitslosenversicherung und der Sozialhilfe verbessert werden.

3) Verbesserung von Struktur und Modus der Verteilung

In seinem Bericht fordert Jiang Zemin dazu auf, „irrationale“ Einkommen zu überprüfen und zusätzliche Einkommen aus Branchenmonopolen und bestimmten Privilegien zu unterbinden. Weiterhin sollen exzessiv hohe Einkommen beschränkt, das Einkommenssteuersystem verbessert und neue Steuern wie die Erbschaftsteuer eingeführt werden, um die Einkommensunterschiede zu verringern und eine Einkommenspolarisierung zu vermeiden.

Weiterhin wird im Bericht gefordert, daß der Anteil der Finanzeinnahmen am Bruttosozialprodukt steigen soll und der Anteil der Zentralregierung an den Finanzeinnahmen schrittweise erhöht wird.

4) Verbesserung des Marktmechanismus und der makroökonomischen Steuerung

Die Entwicklung aller Märkte, insbesondere der Kapital-, Arbeits- und Technologiemarkte, sowie der Märkte für andere Produktionsfaktoren, ist weiter fortzuführen und der Preisbildungsmechanismus ist zu stärken. Hindernisse für die Marktentwicklung wie regionale Blockaden und Branchenmonopole müßten überwunden und ein einheitlicher Markt geschaffen werden.

Die makroökonomische Steuerung zielt auf den Ausgleich von Gesamtangebot und Gesamtnachfrage. Zur Verbesserung der makroökonomischen Kontrollmechanismen soll das Bank-, Fiskal- und Planungssystem weiter reformiert werden. Weiterhin soll eine angemessene Restriktionspolitik für Finanzen und Währung durchgeführt

werden. Zur Überwachung des Finanzsystems heißt es in der deutschen Übersetzung:

„Wir werden nach dem Gesetz die Überwachung und Verwaltung der Geldinstitute und -märkte, einschließlich des Wertpapiermarktes, verstärken, die Finanzordnung standardisieren und aufrechterhalten und Finanzrisiken wirksam verhüten und überwinden.“

Weitere Bereiche in der Rede von Jiang Zemin behandeln die Landwirtschaft, Wissenschaft und Bildung, die außenwirtschaftliche Öffnung und den Lebensstandard der Bevölkerung. Veränderungen zur bisherigen Politik werden nicht sichtbar. Von Interesse erscheint jedoch der Hinweis auf die Weiterentwicklung der Sonderwirtschaftszonen und der neuen Zone in Pudong unter dem Punkt „außenwirtschaftliche Öffnung“. Das Konzept der geographischen Bevorzugung bestimmter Gebiete scheint demnach auch zukünftig fortgeführt zu werden. (RMRB, 22.9.97; Bericht auf dem XV. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas: „Das große Banner der Deng-Xiaoping-Theorie hochhalten und den Aufbau des Sozialismus chinesischer Prägung allseitig zum 21. Jahrhundert vorantreiben“, in: Bru, 40/1997, 7.10.97; „Full Text of Jiang Zemin's Report at 15th Party Congress, in: XNA, 22.9.1997)

Es ist anzumerken, daß Jiang Zemin in seiner Rede auf dem Parteitag nicht mehr von staatlichem Eigentum, sondern von öffentlichem Eigentum als der dominanten Eigentumsform spricht. Sozialistisch kann China dann auch bleiben, wenn der Anteil des staatsseigenen Sektors weiter sinkt, jedoch öffentliches Eigentum die wichtigste Form bleibt und der staatsseigene Sektor die Kontrollfähigkeit behält.

Die Privatisierung der Staatsbetriebe taucht in der Rede Jiang Zemins an keiner Stelle auf, sondern ist weiterhin ein Tabu, während bekannte Muster der Reform und Umstrukturierung der Unternehmen genannt werden. Für die Reform der Staatsbetriebe gelten die Gründung von Kapitalgesellschaften und die Fusion von Unternehmen als wichtige Instrumente.

Weiterhin kann angemerkt werden, daß der einheitliche Markt offensichtlich noch nicht geschaffen wurde und Marktbarrieren zwischen den Provinzen nach wie vor bestehen. Die Ausführungen zur gesamtwirtschaftlichen Steuerung deuten außerdem darauf

hin, daß neben indirekten wirtschaftlichen Hebeln nach wie vor der Einsatz von administrativen Eingriffen vorgezogen ist.

Insgesamt zeigt die Rede einen beachtlichen Spagat zwischen den ideologischen Zwängen und den ökonomischen Realitäten. Bisher war die Staatsindustrie als das Rückgrat der Wirtschaft bezeichnet und den staatseigenen Unternehmen die führende Rolle in der Wirtschaft zugewiesen worden. Nunmehr ist nur die Dominanz des öffentlichen Eigentums in der aus verschiedenen Eigentumsformen bestehenden Wirtschaft notwendig, um die Legitimation als sozialistische Marktwirtschaft zu erreichen. Allerdings ist zwischenzeitlich auch bereits der Anteil der staatseigenen Industrie am gesamten Industrieoutput bzw. an der industriellen Wertschöpfung auf rd. ein Drittel gesunken. Die Krise des Staatssektors hat schneller als beabsichtigt dazu geführt, daß die Partei einen neuen pragmatischen Kurs eingeschlagen hat.

Wie groß der Anteil des öffentlichen Eigentums in der Wirtschaft ist, darauf wies Li Peng in einer „Diskussion“ mit Delegierten der Konferenz hin. Bezogen auf den Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahre 1996 entfiel auf öffentliches Eigentum mit 76% der Hauptanteil. (XNA, 14.9.97) Einer anderen Quelle nach sollen die Staatsunternehmen mit 40,8% und die Kollektivunternehmen mit 35% zum BIP beitragen. (FAZ, 16.9.97)

Nach Angaben von Li Qiming vom Staatlichen Statistikamt sank der Anteil der staatseigenen Unternehmen am Industrieoutput inzwischen auf unter 30%, doch auch bei einem geringeren Anteil könne der Staat eine wirkungsvolle Kontrolle durchführen. Hierzu sei lediglich die Kontrolle von sechs bis sieben Schlüsselsektoren erforderlich, die von zentraler Bedeutung für das Wirtschaftswachstum wären. (XNA, 15.9.97) -schü-

19 Diskussion zur Reform der Staatsbetriebe auf dem 15. Parteitag

Auf dem 15. Parteitag wurde die Umsetzung der Reform von Staatsunternehmen auf Pressekonferenzen und in offiziellen Berichten diskutiert. Im folgenden einige Ausschnitte aus diesen Berichterstattungen, die die lokale Sichtweise bzw. erste Ansätze zur Umsetzung der Reformen zeigen.

Unternehmensgruppen

Die Xinhua-Nachrichtenagentur berichtet, daß Manager von 15 staatseigenen Schlüsselunternehmen, die auf dem Parteitag als Delegierte vertreten waren, ebenfalls (und dies erscheint auch nicht überraschend) für die Sichtweise eintraten, daß Großunternehmen eine führende Rolle in der Wirtschaftsentwicklung spielen müßten. Die im Bericht von Jiang Zemin geforderte Bildung von Unternehmensgruppen sei von ihnen besonders begrüßt worden.

Die bereits von der Regierung ausgewählten 120 Pilot-Unternehmensgruppen haben einen Anteil von rd. einem Viertel am gesamten Staatssektor. Nach Angaben von Wang Guoxing, stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes der Handan Iron & Steel Group, dominierten die großen Staatsbetriebe die Schlüsselbranchen der Wirtschaft. Beispielsweise erzeugten sechs Energieunternehmen mehr als 50% des gesamten Energieoutputs in Nord-, Nordost- und Ostchina. Weiterhin entfielen auf acht Eisen- und Stahlkonzerne rd. 40% des gesamten landesweiten Stahloutputs. Nach Einschätzung von Zhang Guixing, Generaldirektor der Northeastern Electric Power Group, wirke sich die Belegung der großen Unternehmen positiv auf die Entwicklung des Staatssektors und auf die gesamte Wirtschaftsentwicklung aus.

Von den ersten 57 Pilot-Unternehmensgruppen haben bereits 32 an der Börse Aktien emittiert, 30 Unternehmen begaben A-Aktien und drei der Unternehmen B-Aktien. Weiterhin notierten zehn Unternehmensgruppen an ausländischen Börsen. Im letzten April wurde die Anzahl der Pilot-Unternehmensgruppen von der Regierung auf 120 erhöht. Dies sei ein Hinweis auf die Ausweitung der Reform. (XNA, 18.9.97)

Umstrukturierung der Staatsunternehmen in Kapitalgesellschaften

Die Einführung des Aktiensystems wird nach einem Bericht der Xinhua-Nachrichtenagentur als Durchbruch bei der Reform des Staatssektors gesehen. Zhu Kuangyu, Vorstandsvorsitzender der Shanghai Textile Holdings Group, wies auf einer Pressekonferenz darauf hin, daß man zuvor nur an den staatlichen oder den kollektiven Sektor als Formen des öffentlichen Eigentums gedacht habe. Jetzt sei jedoch das Konzept von Jiang Zemin erweitert worden. Zhu zufolge hätten neun von 240 Joint Venture-Unternehmen in der Shang-

haier Textilindustrie das Aktiensystem eingeführt. Früher sei er davon ausgegangen, so Zhu, daß ein Unternehmen nicht mehr im öffentlichen Eigentum sei, wenn es Auslandsinvestitionen erhalten und an der Börse notiert habe. Nach der Neudefinition von öffentlichem Eigentum habe er nunmehr mehr Vertrauen in die Zukunftsaussichten der Staatsunternehmen.

(Anmerkung: In Deutschland wird bei einer staatlichen Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft dann von einem öffentlichen Unternehmen gesprochen, wenn die öffentliche Hand über einen Anteil von drei Viertel des in der Hauptversammlung vertretenen Grundkapitals verfügt. (Gablers, Wirtschaftlexikon))

Nach Angaben von Geng Zhaojie, Generaldirektor der China First Automobile Works, habe das Aktiensystem seine Unternehmensgruppe dabei unterstützt, effizienter zu arbeiten. Durch die Begebung von Aktien verfüge das Unternehmen nunmehr über Kapital in Höhe von 2,8 Mrd. Yuan im Vergleich zu lediglich 750 Mio. Yuan vor der Umstrukturierung in eine Kapitalgesellschaft. Das Aktiensystem habe keinen Einfluß auf die Natur des öffentlichen Eigentums des Unternehmens, das die Mehrheit der Aktien der drei an der Börse notierten Tochterunternehmen kontrolliere, die das Aktiensystem eingeführt hätten. (XNA, 13.9.97)

Nach einer Befragung von 205 Managern in staatseigenen, nichtstaatlichen sowie Unternehmen mit ausländischem Kapital stimmten 63,9% für die Einführung von Kapitalgesellschaften als beste Form der Nutzung staatlicher Vermögenswerte. Ein Anteil von 12,7% der Befragten trat für den Aufbau privater Unternehmen ein, während nur 5,9% das alleinige Staatseigentum bevorzugten. (SCMP, 29.9.97)

Lokale Umsetzung von Unternehmensreformen: Konkurse, Börsengänge, Fusionen etc.

Der Sichuaner Provinzgouverneur Song Baorui kündigte an, daß die Provinz noch mehr staatseigenen Verlustunternehmen erlauben würde, Konkurs anzumelden, obwohl Sichuan bereits 390.000 Arbeitslose aufweise. Song zufolge hätten rd. 90 Unternehmen bereits Konkurs erklärt bzw. seien im Abwicklungsprozeß. Da sehr viele Parteien und viele rechtliche Fragen in einem Konkursverfahren beteiligt bzw. zu beachten seien, dauere ein Verfahren pro Unternehmen im

Durchschnitt sechs Monate. Entlassene Arbeitskräfte erhielten Song zufolge 200 Yuan pro Monat. Dies erscheine zwar sehr wenig, doch würden viele Arbeitslose nicht bereit sein, andere Tätigkeiten aufzunehmen oder würden die Unterstützung eigentlich nicht benötigen, da sie bereits andere Einkommensquellen hätten. (SCMP, 16.9.97)

Auch Unternehmen in Tianjin sollen weiter Konkurse anmelden dürfen. In diesem Jahr werden nach Angaben von Mou Huaishan, Direktor der Tianjiner Wirtschaftskommission, dreizehn Unternehmen in Konkurs gehen können. Tianjin plant weiterhin eine Anzahl von 170.000 freigesetzten Arbeitskräften neu zu beschäftigen.

In Tianjin befinden sich 115 staats-eigene Unternehmen in einem Umstrukturierungsprozeß, 12 davon sind in Aktiengesellschaften, 35 in Gesellschaften mit beschränkter Haftung umgewandelt worden; 50 sind noch staats-eigene Unternehmen. Tianjin plant durch Börsennotierungen staatlicher Unternehmen rd. drei Mrd. Yuan Kapital aufzubringen. (XNA, 1.10.97)

Als erfolgreiche Fusion von Verlustunternehmen wird das Beispiel der Strickwarenfabrik Shanghai No. 9 genannt, die die Marke „Sanqiang“ herstellt. Gegen Ende der 80er Jahre verlor das Unternehmen seine marktbeherrschende Position und war einer ständig zunehmenden Konkurrenz ausgesetzt. In dieser Situation entschied sich das Unternehmen zur Expansion durch Kauf anderer Unternehmen. Zwischen 1991 und 1996 wurden sieben Verlustunternehmen aufgekauft und die Sanqiang Holding Group gegründet.

Als Ergebnis der Zusammenschlüsse präsentiert sich die Holding heute mit einer größeren Wirtschaftskraft; das Unternehmensvermögen erhöhte sich um das 11fache in den letzten sechs Jahren. Die Unternehmensumsätze stiegen um das 13fache und die Gewinne um das 101fache. Sanqiang wird heute als Modell für Fusionen gehandelt. (XNA, 1.10.97)

Um die verschiedenen Reformansätze für die Umstrukturierung der Staatsbetriebe zu realisieren, sind verschiedene Bedingungen erforderlich. Hierzu zählen ausländische Experten beispielsweise eine zeitliche Vorgabe für den transparenten Verkauf von Aktienanteilen an private Investoren. Weiterhin sollte kein Unterschied gemacht

werden für die sogenannten „strategischen Industrien“. Anstatt große Konzerne mit marktbeherrschender Stellung zu schaffen, sollten Unternehmen wie Sinopec, die den petrochemischen Sektor dominierten, aufgelöst und die Wettbewerbssituation verbessert werden. Um eine Rekapitalisierung des Bankensystems durchzuführen, das mit rd. 200 Mrd. US\$ Schulden der Staatsbetriebe in eine krisenhafte Entwicklung geraten ist, sollte der Staat seine eigene Verschuldung erhöhen. Schätzungen zufolge würde die Rekapitalisierung ein Volumen von 25% des BIP erfordern, ein Betrag, der selbst den Umfang der japanischen Bankenkrise in den Schätzen stellt. (AWSJ, 12-13.9.97)

Der stellvertretende Ministerpräsident Zhu Rongji, der auch für Wirtschaftsfragen zuständig ist, kündigte Mitte September d.J. an, daß er den staatseigenen Verlustunternehmen einen Zeitraum von drei Jahren gebe, um sich zu erholen. (FT, 12.2.98) Zur Unterstützung der Staatsbetriebe sollen in diesem Jahr rd. 30 Mrd. Yuan zur Verfügung gestellt werden. Nach Angaben von Wang Zhongyu von der Staatlichen Wirtschafts- und Handelskommission sollen die Mittel durch die Umwandlung von Unternehmensschulden in Wertpapiere aufgebracht werden. Die Wertpapiere sollen von einer staatlichen Holdinggesellschaft verwaltet werden, die als Mittelsmann zwischen den verschuldeten Staatsbetrieben und den Banken agiert, denen der Besitz von Wertpapieren nicht erlaubt ist. Zusätzlich zu den 30 Mrd. Yuan sollen ebenso hohe Finanzmittel für die Abschreibung fauler Kredite der Unternehmen verwandt werden, die Konkursverfahren durchlaufen. (AWSJ, 15.9.97) -schü-

20 „Arbeitslosigkeit wird nicht zu sozialen Unruhen führen“

Li Boyong, Delegierter auf dem 15. Parteitag der KPCh und Arbeitsminister, nahm zu Jiang Zemin Rede in bezug auf die erwartete Zunahme der Arbeitslosigkeit Stellung. Jiang Zemin hatte darauf hingewiesen, daß mit der weiteren Reform der Staatsunternehmen, mit Zunahme des technischen Fortschritts sowie mit der Regulierung der Wirtschaftsstruktur mehr Arbeitskräfte freigesetzt würden. Allerdings, so Li Boyong, werde die Gesellschaft mit der erwarteten Arbeitslosigkeit zurechtkommen. Es werde nicht zu sozialen Unruhen in einem Ausmaße führen, wie dies von eini-

gen ausländischen Medien vorhergesagt würde.

Li zufolge berge die Beschäftigungssituation in China sowohl Herausforderungen als auch Chancen. Während die Zahl der freigesetzten Arbeitskräfte mit weiteren Reformen im Staatssektor zunehmen werde, könnten durch die schnelle Entwicklung des nichtöffentlichen Sektors neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Li räumte allerdings ein, daß die Beschäftigungssituation insgesamt relativ schwierig sei. So würden rd. 10 Mio. Menschen in den Städten einen Arbeitsplatz suchen, von denen sich viele aus dem Heer der überschüssigen Arbeitskräfte der Unternehmen zusammensetzten, deren Zahl auf rd. 20 Mio. geschätzt werde. In den ländlichen Gebieten sind Li Boyong zufolge weitere rd. 130 Mio. Bauern überschüssig und würden mit den städtischen Beschäftigten um Arbeitsplätze konkurrieren.

Li wies auf die Erfolge des laufenden Wiederbeschäftigungsprogramms hin. Zwischen 1992 und 1996 seien acht Millionen Arbeitskräfte mehr neu eingestellt als entlassen worden. Allerdings liege das Problem in der hohen Zahl der überschüssigen Arbeitskräfte in den Städten; allein im letzten Jahr hätten 8,14 Mio. Beschäftigte ihren Arbeitsplatz verloren. Außerdem müßten die Arbeitskräfte ihre traditionellen Vorstellungen verändern und mutig Beschäftigungen außerhalb des Staatssektors suchen. (XNA, 15.9.97)

Wiederbeschäftigungsprogramme mit Weiterqualifizierung von Arbeitskräften sind allerdings nur beschränkt erfolgreich, da mehr als 70% der entlassenen Arbeiter ein Bildungsniveau aufweisen, das niedriger als der Mittelschulabschluß ist. Weiterhin waren von den Arbeitslosen mehr als 30% länger als ein Jahr nicht beschäftigt. (IHT, 12.9.97)

Auf lokaler Ebene weist das Problem der Arbeitslosigkeit unterschiedliche Ausmaße auf. So wies der Provinzgouverneur von Liaoning, Wen Shezhen, darauf hin, daß ein Fünftel der 2,46 Millionen Beschäftigten in den großen und mittleren Staatsbetrieben in den nächsten drei Jahren im Zuge der Umstrukturierung der Betriebe ihre Arbeitsstelle verlieren würden. Wen zufolge beläuft sich die Zahl der registrierten Arbeitslosen auf rd. 200.000, von denen rd. die Hälfte entlassene Arbeitskräfte sind. Zusätzlich würden in den Städten der Provinz

rd. 500.000 Arbeitskräfte aus anderen Provinzen sowie rd. 700.000 Arbeitskräfte aus den ländlichen Gebieten Liaonings arbeiten. Wen wies ebenfalls darauf hin, daß entlassene Arbeitskräfte aus Staatsunternehmen ein „mentales Problem“ hätten, da sie nicht bereit seien, im Dienstleistungssektor zu arbeiten. Zur Revitalisierung der Staatsbetriebe setzt die Provinz auf die Zuweisung von Kapital in Höhe von rd. 20 Mrd. Yuan an die Unternehmen, das zur einen Hälfte aus der Emission von Aktien und zur zweiten Hälfte aus ausländischen Direktinvestitionen kommen soll. (SCMP, 15.9.97)

Dem Sichuaner Provinzgouverneur Song zufolge habe die Provinz keine besonderen Probleme mit der Arbeitslosigkeit, obwohl es in einem Fall Arbeiterproteste nach einer Betriebschließung gegeben habe. So blockierten Arbeiter in der Stadt Mianyang im Juli durch Demonstrationen den Verkehr der Stadt für zwei Tage. Allerdings sei das Ausmaß der Demonstrationen von der ausländischen Presse stark übertrieben worden. (SCMP, 16.9.97)

Nicht nur in Mianyang gab es Arbeiterproteste, sondern auch in anderen Städten der Provinz. Im März d.J. beispielsweise demonstrierten in Nanchong rd. 20.000 Arbeiter und nahmen den Leiter einer Textilfabrik als Geisel, um die Lokalregierung dazu zu bringen, ausstehende Lohnzahlungen auszugleichen. Der letzte Zwischenfall mit gewalttätigen Protesten vorzeitig in Rente geschickter Arbeiter ereignete sich im September in Dujiangyan.

Selbst unter den Arbeitern, die noch für staatseigene Unternehmen beschäftigt sind, gab es verstärkt Proteste, insbesondere wegen ausstehender Lohnzahlungen. In der Stadt Tianjin beispielsweise gab es allein im letzten Jahr rd. ein Dutzend solcher Arbeiterproteste, zu denen auch eine Sitzblockade von Arbeitern auf einer zentralen Straße der Stadt zählte. (IHT, 12.8.97)

Von Arbeiterprotesten wird auch aus der Provinz Gansu berichtet, in der Arbeiter der 22.metallurgischen Fabrik nach wiederholten Klagen über verspätete Lohnzahlungen öffentlich durch Demonstrationen ihren Ärger gezeigt hatten. (SCMP, 25.9.97)

Nach Angaben von Ma Guoliang, Provinzgouverneur von Heilongjiang, erhielten mehr als ein Fünftel der Arbeiter in der nordöstlichen Provinz

aufgrund der krisenhaften Entwicklung der staatseigenen Unternehmen ebenfalls keine Löhne. Weiterhin seien mindestens 30% der acht Millionen Arbeiter staatseigener Betriebe überschüssig. Da staatseigene Unternehmen mit 80% zur Wirtschaft der Provinz beitragen, sei die desolate Situation dieser Unternehmen das Hauptproblem. (SCMP, 28.9.97)

Landesweit mußten 1996 insgesamt 9.737 Arbeitsstreitigkeiten geschlichtet werden, eine Verdoppelung gegenüber 1995. Der Hauptteil dieser Streitigkeiten entfiel auf staatseigene Unternehmen.

Nach Schätzungen der Weltbank wurden in den Pilot-Reformstädten für die Umstrukturierung der staatseigenen Unternehmen im letzten Jahr rd. zwei Millionen überschüssiger Arbeitskräfte entlassen. Das Ausmaß der städtischen Arbeitslosigkeit wird von der Weltbank mit 20 Millionen Menschen angegeben. Anderen Einschätzungen zufolge werden 30% der 113 Millionen Arbeitskräfte in den städtischen Industriebetrieben als überschüssig angesehen. (IHT, 12.9.97) Einem Bericht der *South China Morning Post* vom 4.9.97 zufolge soll die chinesische Regierung sogar Entlassungen von 13,7 Mio. städtischer Arbeitskräfte in diesem Jahr erwarten, von denen rd. sechs Millionen nicht in der Lage sein werden, bis Ende des Jahres eine neue Tätigkeit zu finden.

Daß die Zentralregierung das Problem der materiellen Absicherung der Arbeiter erkannt hat, zeigt die Initiative des Staatsrats zur Umsetzung einer Minimum-Einkommensgarantie. Bis Ende 1999 soll in den städtischen Gebieten ein System der sozialen Grundsicherung für permanent in den Städten lebende Bevölkerungsanteile aufgebaut werden. In dieses System werden diejenigen einbezogen, deren Pro-Kopf-Einkommen unterhalb der lokal festgesetzten Minimum-Lebenshaltungskosten liegt. Die Kosten der Grundsicherung werden von den Lokalregierungen zu übernehmen sein. Bereits vor einigen Jahren wurde ein System der Minimum-Lohngarantie eingeführt, das inzwischen in 206 Städten angewandt wird. (XNA, 4.9.97)

Insgesamt kann mit einem weiteren Abbau von Arbeitskräften im Staatssektor gerechnet werden, der durch einen hohen Anteil überschüssiger Beschäftigter charakterisiert ist. Für die Beschäftigten in diesen Unter-

nehmen ist der Wegfall ihrer Arbeitsplatzgarantie und der Abstieg in die Arbeitslosigkeit in vielen Fällen ein großer Schock. Darüber hinaus können viele Staatsbetriebe derzeit ihren Angestellten nicht oder nur beschränkt Löhne zahlen, reduzieren Rentenzahlungen und Übernahme der Krankenkostenzuschüsse. Unternehmen, die Konkurs anmelden, haben im Durchschnitt ein Vermögen von weniger als 10% ihrer Schulden und können demnach nicht einmal die Mindestansprüche der Arbeitskräfte befriedigen.

Wie schwierig die Situation in bestimmten Regionen ist, wird am Beispiel einer Untersuchung in der Provinz Heilongjiang deutlich, die sich mit der Lage von 974 entlassenen Arbeitskräften in der Provinzhauptstadt Harbin beschäftigt. Von den befragten Arbeitslosen sagten 69%, daß sie keine Unterstützung von ihrem früheren Arbeitgeber erhielten, weitere 16% der Befragten erhielten lediglich 125 Yuan im Monat, und weniger als ein Drittel erhielt den durchschnittlichen Lohn von 447 Yuan.

Auf die Frage, wie die Arbeitslosen von der geringen Unterstützung leben konnten, antworteten 58% der Befragten, daß sie materiell auf ihre Familien angewiesen seien. Ein Anteil von 24% konnte auf Bankguthaben zurückgreifen bzw. borgte sich Geld, und weitere 3,94% lebten von öffentlicher Unterstützung.

Die entlassenen Arbeitskräfte verfügten nur über ein relativ niedriges Ausbildungsniveau. 53% der Befragten wiesen eine Schulzeit von neun und weniger Jahren auf; 54% der Befragten besaßen keine Ausbildung. Bei der Befragung gaben 38% an, daß sie bei ihrer Arbeitsplatzsuche abgelehnt worden waren, weil sie entweder zu alt waren oder nicht die gewünschten Qualifikationen vorzuweisen hatten. Insgesamt konnten nur 12,45% der Arbeitslosen eine Umschulung aufweisen. (SCMP, 25.8.97) -schü-

21 Lohn- und Einkommensentwicklung

Nach einer Untersuchung, die die Entwicklung des städtischen Lebensstandards zum Gegenstand hatte, sollen weitaus mehr Menschen arbeitslos sein als offiziell mit rd. 3% angegeben. So habe es Ende 1996 fast neun Millionen statt - wie offiziell angegeben - rd. 5 Millionen Arbeitslose gegeben, und ihre Zahl sei in diesem Jahr bereits auf 15,5 Mio. gestiegen. Die Unter-

suchung erfaßte 2,05 Mio. städtische Einwohner und 15.600 Haushalte in 71 Städten im Zeitraum Dezember 1996 bis Januar 1997.

Bezogen auf verschiedene Branchen zeigte die Untersuchung, daß die durchschnittlichen Einkommen der Beschäftigten im Dienstleistungssektor (Finanzen, Versicherungen, Post, Telekommunikation, Immobilien und Transport) mit 800 Yuan pro Monat am höchsten waren. Beschäftigte in der Schwerindustrie sowie im verarbeitenden Gewerbe wiesen Durchschnittseinkommen von 600 Yuan im Monat aus. Im Agrarsektor werde nur ein relativ niedriges Einkommen erwirtschaftet, das um 79% niedriger als im Dienstleistungssektor ausfiel.

Beschäftigte im öffentlichen Sektor verdienten im Durchschnitt 699 Yuan, während in den staatseigenen Unternehmen und in den kollektiveigenen Unternehmen das Durchschnittseinkommen 725 Yuan bzw. 591 Yuan betrug. Die höchsten Löhne wurden in den privaten Unternehmen, einschließlich der sino-ausländischen Joint Venture-Unternehmen, mit durchschnittlich 1.192 Yuan verdient.

Die Untersuchung wies auch auf geographische Unterschiede im Lohnniveau hin. So verdienten Beschäftigte in der Ostküstenregion im Durchschnitt monatlich 834 Yuan, in Zentralchina 593 Yuan und in Westchina 620 Yuan.

Neben Daten zum Lohn- und Einkommensniveau wurde in der Untersuchung auch nach den Sparguthaben der Familien gefragt. Im gesamten Reformzeitraum seit 1978 sind die Sparguthaben der städtischen Bevölkerung von 15 Mrd. Yuan auf mehr als 3.000 Mrd. Yuan gestiegen. Im Jahre 1996 verfügten 79% der städtischen Haushalte über Bankguthaben von durchschnittlich 18.000 Yuan sowie über Staatsobligationen im Werte von 960 Yuan. Das gesamte Finanzvermögen eines städtischen Haushalts belief sich im Durchschnitt auf 22.000 Yuan. (SCMP, 9.9.97)

Nach Angaben des State Statistical Information Centre war der Lohnanstieg für Arbeiter und Manager in den staatseigenen Unternehmen im ersten Halbjahr höher als das gesamtwirtschaftliche Wachstumstempo. Während die Lohnsumme um 9,9% gegenüber der Vorjahresperiode zunahm, verzeichnete das Wirtschaftswachstum eine Steigerung von 9,5%; die Inflationsrate betrug 1,8%.

Ebenfalls im ersten Halbjahr d.J. stieg die Zahl der Beschäftigten im Staatssektor um 8,4%. Die Erhöhung der Lohnsumme für die staatlichen Beschäftigten sowie die Ausweitung der Beschäftigung fallen zusammen mit der krisenhaften Entwicklung vieler Staatsbetriebe. (29.9.97) -schü-

Außenwirtschaft

22 China senkt Importzölle zum 1. Oktober 1997

Zum 1. Oktober d.J. wird China den durchschnittlichen Importzollsatz von derzeit 23% auf 17% senken. Die Zollreduzierung betrifft insgesamt 4.874 bzw. 73% aller Importprodukte. Als offizielle Begründung für die Zollsenkung wird die Verbesserung der Industrie- und Produktionsstrukturen sowie des Investitionsklimas genannt. Die Zollerleichterungen sollen gleichzeitig Chinas Aufnahme in die WTO erleichtern.

Vor allem das Maschinenbauministerium erhofft sich von den Zollsenkungen einen Schub für neue Importe von Maschinen und Elektronikprodukten, die im ersten Halbjahr d.J. um 9% auf 24,5 Mrd. US\$ zurückgegangen sind. Ursache hierfür war nicht nur die nachlassende Inlandsnachfrage, sondern die Abschaffung der Zollvergünstigungen für den Import von Investitionsgütern durch Unternehmen mit Auslandskapital im April 1996. (XNA, 22.9.97)

Die Einfuhrzölle für Industriegüter sollen durchschnittlich 16,4% betragen und für landwirtschaftliche Produkte 21,2%. Nach der Zollsenkung beträgt der Importzoll für Pkw anstatt 100% nur noch 80%; für Luxuslimousinen wird der Importzollsatz von 120 auf 100% reduziert. (NfA, 29.9.97)

Die Reduzierung der Importzölle für Fahrzeuge wird nach Einschätzung ausländischer Experten keine große Zunahme der Einfuhren bewirken. So bestehen nach Angaben von Wu Lishen, Verkaufsmanager der Audi-Gruppe, weitere Restriktionen für den Fahrzeugimport wie beispielsweise eine Einfuhrlizenz. Weiterhin würden Mehrwert- und Konsumsteuer die Einfuhr stark verteuern. (SCMP, 26.9.97)

Für einzelne Produktgruppen bestehen zukünftig nach Angaben der *China Daily* folgende durchschnittliche Zollsätze (SCMP, 19.9.97):

Metallprodukte 6,94%
 Chemieprodukte 11,45%
 Holz und holzähnl. Produkte 12,88%
 Maschinen und Maschinenteile 14,59%
 leichtindustrielle Produkte 17,9%
 landwirtschaftliche Produkte 20,45%
 Textilprodukte 27,2%

Chinas WTO-Beitritt war auch Thema auf dem ASEM-Treffen in Japan Ende September d.J. So forderte der japanische Ministerpräsident Hashimoto während des „Asia-Europe Economic Ministry Meeting“ eine baldige Aufnahme Chinas in die WTO. Dagegen wandte Sir Leon im Namen der EU ein, daß China die Bedingungen für die Aufnahme noch nicht erfüllt habe. (SCMP, 29.9.97) -schü-

23 Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und China: Kredite für Staudambau und wachsendes China-Interesse deutscher Unternehmen

Um den Kauf von deutschen Turbinen und Generatoren für den Bau des Drei-Schluchten-Staudamms zu erleichtern, haben deutsche Banken ein Kreditpaket in Höhe von 488 Mio. DM bereitgestellt. Neben der bundeseigenen Kreditanstalt für Wiederaufbau sind die Dresdner Bank, die DG Bank und die Commerzbank beteiligt.

Das Kreditpaket wurde mit der State Development Bank abgeschlossen; das Voith-GE-Siemens-Konsortium sowie die China Yangtze Three Gorges Dam Development Corp. waren ebenfalls bei der offiziellen Kreditunterzeichnung zugegen.

Das Kreditpaket umfaßt zwei Teile, und zwar einen Exportkredit in Höhe von 71,41 Mio. US\$ mit einer Laufzeit von 21 Jahren und einer rückzahlungsfreien Periode von neun Jahren und einen Handelskredit in Höhe von 200 Mio. US\$ mit einer 17jährigen Laufzeit und einer rückzahlungsfreien Periode von ebenfalls neun Jahren.

Die Kredite werden für den Kauf von Ausrüstungen und Technologie für das Staudamm-Projekt durch das Voith-GE-Siemens-Konsortium verwendet, das bei der internationalen Ausschreibung von 14 Generatoren Verträge